



Bevor private Investoren beim Spital Herisau einsteigen können, muss das Gesetz angepasst werden.

Bild: Ralph Ribi

Die Kritik an den Spitalplänen wird lauter

Parteien und Branchenverbände stellen zur geplanten Teilrevision des Spitalverbundgesetzes Forderungen.

Jesko Calderara

Das Spital Herisau und das Psychiatrische Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA) sollen zu privaten Aktiengesellschaften werden. Der Regierungsrat möchte den unternehmerischen Spielraum des Spitalverbunds Appenzell Ausserrhoden (Svar) erhöhen. Damit soll der seit Jahren defizitäre Betrieb bessere Perspektiven erhalten – möglicherweise auch mithilfe von Investoren. Bereits kurz nach der Ankündigung im Februar gab es teils kritische Reaktionen auf diese Pläne. Während der laufenden Vernehmlassung haben sich nun weitere Kreise zur Revision des Spitalverbundgesetzes geäussert.

Personalverbände:

Rücknahme der Privatisierungspläne gefordert

In einer gemeinsamen Stellungnahme zeigen sich der Gewerkschaftsbund St. Gallen-Appenzell, Alliance Care Appenzell Ausserrhoden, der VPOD Ostschweiz, die Unia Ostschweiz-Graubünden, die VSAO Sektion St. Gallen / Appenzell, die Syna Ostschweiz und der Schweizerische Hebammenverband Sektion Ostschweiz ob der angestrebten Gesetzesreform besorgt. Eine Ausgliederung der Spitalbetriebe in privat-rechtliche Aktiengesellschaften mit Investoren widerspreche den Positionen der Arbeitnehmerverbände fundamental, heisst in der Medienmitteilung. Wenn der Kanton seine finanziellen Verpflichtungen für eine qualitativ hochstehende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch einen Verkauf des Spitals

an Dritte reduzieren wolle, verkenne er seinen verfassungsmässigen Versorgungsauftrag.

Die Unterwerfung eines wichtigen Teils der Gesundheitsversorgung des Kantons unter das Prinzip des privaten Profits zersetzt nach Ansicht der Verbände und Gewerkschaften mittel- und langfristig einen wichtigen Teil des Service public und verstärkt den Privatisierungsdruck über die Kantonsgrenzen hinaus. Mit der Überführung der Arbeitsverhältnisse ins private Arbeitsrecht drohten eine Schwächung des Kündigungsschutzes und eine Zunahme des Kostendruckes. Zudem droht laut Mitteilung ein Abbau von Arbeitsplätzen oder gar die Schliessung des Akutspitals. Die Verbände und Gewerkschaften fordern deshalb eine Rücknahme der Privatisierungspläne. Oder sie verlangen zumindest einen Gesamtarbeitsvertrag, der die Arbeitsbedingungen und Mitwirkungsrechte für das Personal verbindlich regelt und langfristig sichert.

SP: Kanton muss Aktienmehrheit behalten

Die Vernehmlassungsantwort der SP Appenzell Ausserrhoden wurde laut einer Mitteilung an einem ausserordentlichen Parteitag unter Einbezug aller teilnehmenden Mitglieder erarbeitet. Die öffentliche Kontrolle über die Gesundheitsversorgung darf nach Ansicht der SP nicht aufgegeben werden. Nur so könne die qualitativ hochstehende Versorgung der gesamten Bevölkerung gewährleistet werden.

Die SP AR stellt drei Kernforderungen: Die Aktienmehrheit muss beim Kanton verblei-

ben. Der Kantonsrat muss bei Veräusserungen und Schliessungen mitentscheiden und für die rund 700 Beschäftigten soll ein verbindlicher Gesamtarbeitsvertrag ausgehandelt werden, bevor die neue Rechtsform in Kraft tritt.

GLP: Partei verlangt eine Gesundheitsstrategie

Die GLP Appenzellerland unterstützt die vorgelegte Teilrevision des Spitalverbundgesetzes. Sie kritisiert aber, dass weiterhin wesentliche strategische Fragen für eine wirtschaftlich tragbare medizinische Grundversorgung offen sind. Nun soll die Organisations- und Eigentümerstruktur geändert werden, bevor die Frage geklärt ist, welche medizinische Versorgung die Bevölkerung künftig an welchen Standorten erhalten und wie diese finanziert werden kann, gibt die GLP zu bedenken. «Bevor über Eigentumsmodelle entschieden wird, braucht es eine klare Gesundheitsstrategie», wird Co-Präsidentin Tina Grosjean in der Mitteilung zitiert.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aus Sicht der GLP zudem, dass die kantonale Politik diese komplexen Grundfragen nicht alleine lösen kann. Es brauche dafür breiter abgestütztes Fachwissen sowie eine regionale Sichtweise und Zusammenarbeit. Die GLP fordert deshalb die Einsetzung eines unabhängigen Expertenrats unter Einbezug von Ärzteschaft, Pflege, Mitarbeitenden, Grundversorgern und weiteren Fachpersonen. «Solange keine klaren Antworten zur Sicherstellung und Finanzierung der medizinischen Grundversor-

gung sowie zur Ausbildung von Ärztinnen, Ärzten und Pflegefachpersonen vorliegen, lehnen wir eine vollständige Privatisierung des Spitals Herisau und des PZA ab», wird Kantonsrat Alexander Assmus in der Mitteilung zitiert.

PU: Perspektiven fehlen

Auch die Parteunabhängigen (PU) kritisieren, dass die Vorlage keine klare Zukunftsperspektive für die Gesundheitsversorgung im Kanton aufzeigt. Die PU warnen davor, dass mit einer möglichen Privatisierung des Akutspitals Herisau oder des PZA die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf Qualität, Versorgungssicherheit und regionale Bedürfnisse verloren gehen könnten. Besonders wichtig ist den Parteunabhängigen laut Mitteilung die Sicherstellung einer verlässlichen Grundversorgung für die Bevölkerung – gerade auch im Bereich der psychischen Gesundheit, in dem die Nachfrage stetig steigt und lange Wartezeiten bereits heute eine grosse Herausforderung darstellen würden.

Bei einer Privatisierung wird nach Meinung der PU eine gute Qualität nur punktuell erhalten bleiben, nämlich dort, wo Geld zu verdienen ist. Zudem werde der Staatshaushalt auch ohne eigenes Spital belastet. Patienten würden nämlich auch weiterhin hospitalisiert und deren Behandlungen durch den Kanton bezahlt, geben die PU zu bedenken.

FDP: Neue Struktur wird begrüsst

Die Ausserrhoder FDP unterstützt die Gesetzesvorlage. Die

Anpassung der Organisationsstruktur ist aus Sicht des Freisinnigen ein unabdingbarer Schritt, um den Svar langfristig tragfähig aufzustellen. Seit der Verabschiedung im Jahr 2012 konnte der Svar keine nachhaltige Rentabilität erreichen.

Gleichzeitig besteht gemäss FDP ein hoher Investitionsbedarf von insgesamt rund 188 Millionen Franken für die Standorte Herisau (Akutspital und PZA). Diese Ausgangslage überfordert nach Ansicht der FDP den Kanton sowohl im laufenden Betrieb als auch bei den anstehenden Investitionen. Die Partei begrüsst daher die geplante Überführung des Svar in zwei Aktiengesellschaften mit klarer Trennung von Akutspital und Psychiatrischem Zentrum.

Diese Struktur schaffe mehr unternehmerische Flexibilität, stärke die Eigenverantwortung der Führung und eröffne zusätzliche Optionen, insbesondere im Hinblick auf Kooperationen mit privaten Partnern. Kritisch weist die FDP darauf hin, dass die strategische Führung des Svar und der beiden Aktiengesellschaften schlank ausgestaltet werden soll. Weiterhin sei der Regierungsrat gefordert, seiner Eigentümerrolle gerecht zu werden, während der Kantonsrat seine Aufsichtsfunktion wahrzunehmen und die finanzielle Disziplin sicherzustellen hat.

SVP: Mehr Tempo gefordert

Die SVP begrüsst die Stossrichtung der Regierung. Die Partei trägt laut einer Mitteilung den eingeschlagenen Kurs mit und bringt dem Regierungsrat das notwendige Vertrauen ent-

gegen, damit für den Svar eine tragfähige Zukunftsperspektive geschaffen werden kann. Der vorgesehene Zeitplan mit der ersten Lesung im Kantonsrat im März 2027 ist aus Sicht der SVP jedoch zu wenig ambitioniert und dauert zu lange. Die Partei erwartet, dass beide Lesungen sowie die Volksdiskussion innert Jahresfrist bis Sommer 2027 durchgeführt werden, sodass das Gesetz Ende 2027 in Kraft treten kann.

EVP: Ambulatorium statt Spital

Die Absicht der Regierung, das finanzielle Risiko für den Kanton zu minimieren, ist für die EVP aufgrund der aktuellen Situation rund um die Kantonsfinanzen nachvollziehbar. Es würden jedoch viele Fragen, auch in finanzieller Hinsicht, unbeantwortet bleiben. Für die EVP zeigt sich, dass in der Schweiz kaum ein allgemeines Akutspital in der Grösse wie jenes in Herisau die nötigen Margen erarbeiten kann. Die Voraussetzungen für den Kanton und einen möglichen Käufer seien daher denkbar schlecht.

Die Partei sieht das Potenzial eher in einem gut ausgebauten Ambulatorium mit ergänzenden Angeboten, als im Erhalt des Spitals in der heutigen Form. Die grösste Schwachstelle der Vorlage ist gemäss EVP jedoch, dass ohne über eine ganzheitliche Sicht der Gesundheitsversorgung in Ausserrhoden zu verfügen, nun ein Verkauf angestrebt wird. Sie fordert, dass hier ein Schritt auf die relevanten Player zu gemacht wird, um gemeinsam eine zukünftige Gesundheitsversorgung zu entwickeln – ob mit oder ohne Spital.